

Protokoll

Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

13.11.2018 (letzte Sitzung: 09.10.2018)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal
Beginn	12:05 Uhr 13:15 Uhr
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Anderl Präs Blauensteiner VP Kniezanrek VP Steinkellner VP Teiber VP Brantner (entschuldigt) Fetik Foglar Gruber Kubicek Ledwinka Rudolph Suchl (entschuldigt) Zweiler Pöttl (entschuldigt) Rasch (entschuldigt) Rösch Schütz Paiha
Beratend	Klein Dir Aschauer-Nagl BL Bröthaler BL Kubitschek DirStv Kundtner DirStv Preiß BL Trenner BL
Vom Büro	Fassler Mitterlehner (entschuldigt) Marcon (Betriebsrat) Mulley (Protokoll) Minassian (Betriebsrat) (entschuldigt)

Tagesordnung

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.10.2018

2 Beschlüsse

- 2.1 Subventionen 2018
- 2.2 Zuweisung der Anträge der 171. VV am 25.10.2018
- 2.3 Änderungen in den Fachausschüssen

3 Berichte

3.1 Bericht der Präsidentin - Anderl

3.2 Bericht des Direktors – Klein

- 3.2.1 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Arbeits- und Sozialrechtliche Tagung 2018
- 3.3.2 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

- 3.4.1 Neuer AK Qualifizierungs-Fonds
- 3.4.2 Fachkräftestipendium läuft aus
- 3.4.3 Talentechecks an der 7. Schulstufe
- 3.4.4 Infomesse der AK zur vorwissenschaftlichen Arbeit
- 3.4.5 Studiengebühren für Berufstätige
- 3.4.6 Wiener Bauordnungsnovelle
- 3.4.7 Tretroller und (E-) Scooter: Regelungen und Sharing
- 3.4.8 Novelle zum Telekomgesetz
- 3.4.9 AK-Bankenrechner: Vergleichswebseite für Girokonten
- 3.4.10 Aktueller Bericht

3.5 Information – Bröthaler

- 3.5.1 AK-FORBA-Böcklerstiftung-Studie: Firmenübernahmen durch chinesische Investoren in Österreich – Aus Sicht der betrieblichen Akteure
- 3.5.2 AK-KPMG-Studie: Digitalisierung in Banken – Wie wirkt sich die Digitalisierung auf die Beschäftigung aus?
- 3.5.3 REFAK Programm 2019
- 3.5.4 Präsentation des Buchs von Wolfgang Slapansky „Reise in die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Wien – Ausgewählte Schauplätze“ herausgegeben von Georg Sever
- 3.5.5 Ehrung von ArbeitsjubilantInnen
- 3.5.6 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – September 2018
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – September 2018
- 3.6.3 Machtübernahme der Arbeitgeber in der Sozialversicherung und Schaffung einer vollzentralisierten Einheitskasse
- 3.6.4 Studie Insolvenzversicherung in Slowenien, der Slowakei und Ungarn
- 3.6.5 Stellungnahme des EWSA zu: Digitalisierung, Gesundheitsversorgung, Pflege. Maßgeblicher Einfluss der AK-Expertise auf die Stellungnahme
- 3.6.6 Veranstaltungen
- 3.6.7 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 Veranstaltungsbericht: Digital Works for People – Europäische Konferenz zu Arbeit in der digitalen Welt
- 3.7.2 Veranstaltung „Hände weg von unseren Standards!“ vom 19.10.2018
- 3.7.3 „Corporate Capture“ – die Macht der Konzerne in der EU-Gesetzgebung
- 3.7.4 EU-Mobilitätspaket I – Sozialbestimmungen im Straßengüterverkehr – aktueller Stand
- 3.7.5 Stand der Verhandlungen über die Direktvergabe des ÖBB-Bahnverkehrs in der Ostregion
- 3.7.6 WIFO-Prognose für Österreich
- 3.7.7 Aktueller Bericht

3.8 Zentrales – Preiß

- 3.8.1 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Anderl begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:
Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 13.11.2018 wird genehmigt.
→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.10.2018

Anderl ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.10.2018.

Beschluss:
Das Protokoll der Sitzung vom 09.10.2018 wird genehmigt.
→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2018

Paiha lobt die Angaben über den Genderaspekt im Subventionsansuchen des Benedikt Kautsky Arbeitskreises, ersucht jedoch Koll. Markus Marterbauer zu fragen, ob nicht das angegebene Drittel an weiblichen Referentinnen in Zukunft erhöht werden kann. **Kubitschek** wird dies weiterleiten.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Subventionen für das Jahr 2018:

Nr	Antragsteller	gefördert 2017	Antrag für 2018	Beschluss
1	Arbeitskreis Dr Benedikt Kautsky	€ 2.000,00	€ 2.000,00	€ 2.000,00
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>		Einstimmig <input type="checkbox"/>		Mehrstimmig <input checked="" type="checkbox"/> Gegen FA
Ablehnung <input type="checkbox"/>				

Nr	Antragsteller	gefördert 2017	Antrag für 2018	Beschluss
2	Lois Weinberger Institut	€ 7.500,00	€ 7.500,00	€ 7.500,00
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>		Einstimmig <input type="checkbox"/>		Mehrstimmig <input checked="" type="checkbox"/> Gegen FA
Ablehnung <input type="checkbox"/>				

2.2 Zuweisung der Anträge der 171.VV am 25.10.2018

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Zuweisungen der Anträge der 171. VV am 25.10.2018:

Fraktion	Nr.	Thema	Abstimmungs- ergebnis	Ausschusszuweisung
FSG	R 01	Eine Steuerreform für die Vielen nicht für die Wenigen	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
FSG	1	Aktive Arbeitsmarktpolitik bei nachlassender Konjunktur und nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit unverzichtbar	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktpolitik und Integration
FSG	2	Nein zu Aggression und Gewalt am Arbeitsplatz	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	3	Alle (nichtärztlichen) Gesundheitsberufe im Gesundheitsberuferegister aufnehmen!	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	4	Personalbedarf realistisch berechnen	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	5	Berufsbildende höhere Schule und Vorbereitungslehrgänge statt Pflegelehre	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	6	Fairness für pflegende Angehörige bei der Langzeitversichertenregelung	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	7	Faire Pensionen für schwere Arbeit	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	8	Arbeitnehmer/innen brauchen klare Regelungen für eine effiziente Rechtsdurchsetzung	Annahme mehrheitlich	Rechtsschutz und Rechtsberatung
FSG	9	Aktive Gestaltung des Übergangs zu einer Wirtschaft ohne fossile Energieträger („just transition“)	Annahme mehrheitlich	Umwelt und Energie
FSG	10	Mehr Standards für gute Ganztagschulen	Annahme mehrheitlich	Bildung und Kultur
FSG	11	Nachverdichtung – Wohnraum schaffen	Annahme mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
FSG	13	Keine Einschränkung des Rücktrittsrechts im Fernabsatz und bei Auswärtsgeschäften	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
ÖAAB/FCG	2	Leiharbeit – verpflichtendes Übernahmeangebot nach 6 Monaten durch Beschäftigter	Annahme mehrheitlich	Frauen- und Familienpolitik
ÖAAB/FCG	3	Leiharbeit – Bilanzwahrheit & Bilanzklarheit der Personalkosten, Obergrenze von 10%	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	4	Leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	5	Umfassende Unterstützung für pflegende Angehörige	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
ÖAAB/FCG	6	Kalte Progression abschaffen – schleichende Steuererhöhung beenden	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
ÖAAB/FCG	7	Wertanpassung aller Familienleistungen	Zuweisung einstimmig	Frauen- und Familienpolitik
ÖAAB/FCG	8	Qualifikation und Qualität der dualen Berufsausbildung sicherstellen!	Annahme einstimmig	Jugendschutz und Lehrlingswesen
ÖAAB/FCG	9	Nichtraucherschutz für Jugendliche in der Gastronomie sicherstellen!	Annahme einstimmig	Jugendschutz und Lehrlingswesen
ÖAAB/FCG	10	Änderung BAG §15 – Vorzeitige Auflösung des Lehrverhältnisses	Annahme einstimmig	Jugendschutz und Lehrlingswesen
ÖAAB/FCG	17	Top-Jugendticket auch für Studierende	Annahme einstimmig	Verkehr und Tourismus
FA	3	Arbeitssuchtag ab Kündigung	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FA	4	Datenschutz und Betriebsräte	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FA	5	Erweiterung der Liste der Berufskrankheiten	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FA	7	Kündigung mit Grund	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FA	8	Umweltbelastung	Zuweisung einstimmig	Sicherheit, Gesundheit und Arbeit
AUGE/UG	R 01	Für eine solidarische, lebenslagen- und bedarfsorientierte Grundsicherung	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
AUGE/UG	R 02	Pressefreiheit sichern!	Annahme mehrheitlich	Rechtsschutz und Rechtsberatung
AUGE/UG	R 03	Keine Kürzungen bei Frauenorganisationen!	Annahme mehrheitlich	Frauen- und Familienpolitik
AUGE/UG	R 04	Für eine eigenständige Bundesanstalt für Berbauernfragen!	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
AUGE/UG	R 05	Für den Schutz der Umwelt in UVP-Verfahren!	Zuweisung einstimmig	Umwelt und Energie

AUGE/UG	1	Sozialversicherung und Krankenkassen verbessern	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
AUGE/UG	2	Für eine Vereinheitlichung von Beitragsregelungen und Leistungen für alle Versicherten im Sozialversicherungssystem	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
AUGE/UG	3	Zugang zu und Aufenthaltsrecht für Asylwerbende in Lehre	Annahme mehrheitlich	Jugendschutz und Lehrlingswesen
AUGE/UG	5	Kinder gegen Armut absichern!	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	6	Erhebung von Kinderkosten	Annahme mehrheitlich	Frauen- und Familienpolitik
AUGE/UG	7	Reformbedarf bei Kindesunterhalt und Unterhaltsvorschuss	Zuweisung einstimmig	Frauen- und Familienpolitik
AUGE/UG	8	Klimaziele erreichen – jetzt!	Annahme mehrheitlich	Umwelt und Energie
AUGE/UG	9	Geschützte Werkstätten	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	10	Erhöhung der Mittel der privaten Trägerorganisationen der Wiener Behindertenhilfe um mindestens 3 Prozentpunkte für das Budget 2019	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	11	Ausarbeitung eines Bibliothekengesetz unter Einbeziehung der Interessenvertretungen und der Kommunen	Annahme mehrheitlich	Bildung und Kultur
GA	R01	Resolution zum Klimawandel	Annahme mehrheitlich	Umwelt und Energie
GA	1	Klimaschutz Maßnahmen	Annahme mehrheitlich	Umwelt und Energie
GA	2	Volksabstimmung Don't Smoke	Annahme mehrheitlich	Sicherheit, Gesundheit und Arbeit
GA	9	Tempo 100 auf Autobahnen	Zuweisung mehrheitlich	Umwelt und Energie
GA	10	Bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln im Handel	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
GA	11	Bessere Kennzeichnungspflicht von gastronomischen Produkten	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
GA	14	Bessere Fahrradabstellplätze	Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
GA	17	Psychotherapie	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
GA	18	12-Stunden-Tag	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
GA	19	Keine Beschränkung für Umweltorganisationen bei UVP-Prüfungsverfahren	Zuweisung mehrheitlich	Umwelt und Energie
LP	1	Regulierungen für Internetzugang und Infrastruktur	Zuweisung einstimmig	Wirtschaftspolitik
LP	2	Reform der Arbeitslosenversicherung	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
LP	3	Europäische Verkehrspolitik	Annahme mehrheitlich	Verkehr und Tourismus
LP	4	Digitale Wirtschaft	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
ARGE	1	Nachtgutstunden für alle Berufsgruppen	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ARGE	2	Steuerbefreiung für Überstunden	Zuweisung mehrheitlich	Finanzpolitik
GLB	1	Ausbildungsbeihilfe	Annahme mehrheitlich	Jugendschutz und Lehrlingswesen
GLB	2	Arbeitsrecht in Lehrplan	Zuweisung einstimmig	Bildung und Kultur
GLB	3	JVR erhalten	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
GLB	4	Arbeitszeit	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
KOMINTER	1	Nein zu noch längeren Ladenöffnungszeiten!	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
KOMINTER	2	Nein zur geplanten schwarz-blauen Mietrechtsreform!	Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
KOMINTER	3	Rücknahme von Ausgliederungen in Spitälern und Pflegeeinrichtungen	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
KOMINTER	4	Zeitgemäße Anpassung des Regelbedarfs von Kindern	Annahme mehrheitlich	Frauen - und Familienpolitik
KOMINTER	5	Frauen*Volksbegehren 2.0: richtige Forderungen zur rechten Zeit	Zuweisung mehrheitlich	Frauen - und Familienpolitik
KOMINTER	6	Aktives Eintreten für Pressefreiheit!	Annahme mehrheitlich	Rechtsschutz und Rechtsberatung
KOMINTER	7	Ernsthafte Kampfperspektive für ein neues Arbeitszeitrecht	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
BDFA	1	Kindesunterhalt bis Ende der Ausbildung	Zuweisung mehrheitlich	Frauen- und Familienpolitik
BDFA	2	ArbeitnehmerInnen über 50	Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
BDFA	3	Klassenhöchstzahl senken	Zuweisung einstimmig	Bildung und Kultur
BDFA	4	Elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen	Zuweisung einstimmig	Frauen- und Familienpolitik
BDFA	5	Anrechnung aller Arbeitszeiten für die 6 Urlaubswochen	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
Gem. Anträge	1	Strengere Regeln für Wohnungsvermietungsplattformen (AirBnB oder ähnliche)	Annahme einstimmig	Kommunal- und Regionalpolitik
Gem. Anträge	2	Illiberale Demokratie	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
Gem. Anträge	3	Die Sozialversicherung ist eine tragende Säule des österreichischen Sozialstaates, sie darf nicht durch ein gefährdet werden	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
Gem. Anträge	4	Gesetzliche Anrechnung von Elternkarenzenzeiten als Dienstzeiten	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
		Anmerkung: Türk-Is war bei der VV nicht anwesend und hat nicht mitabgestimmt.		

→ einstimmig angenommen

2.3 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

FA Schiene (Gew.VIDA)

Mitglied ausgeschieden
KOLLER Karl

FA Heime und Internate (Gew.VIDA)

Ersatzmitglied neu
SCHNEIDER Petra

Ersatzmitglied ausgeschieden
SCHLÖSSER Romana

FA ArbeiterInnen im Handel und Transport (Gew.VIDA)

Mitglied neu
RELOTA Danijel

Mitglied ausgeschieden
MONSCHEIN Josef
Ersatzmitglied ausgeschieden
RELOTA Danijel

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht der Präsidentin – Anderl

Anderl beginnt ihren Bericht mit einigen wirtschaftspolitischen Bemerkungen: Nach Angaben des Wifo befindet sich die Wirtschaft in Österreich in der Reifephase einer Hochkonjunktur. Der Stellenandrang erreicht einen vorläufigen Tiefstwert, solide Einkommenszuwächse stützen den privaten Konsum, und die Industriekonjunktur kühlt – im Gleichschritt mit der Weltwirtschaft – ab. Die Mehrheit der Unternehmen geht jedoch weiterhin, wenn auch nur in geringem Ausmaß, als es in der Vergangenheit von Produktionssteigerungen aus. Auch die Auftragslage wurde wieder etwas günstiger eingeschätzt und die Kapazitätsauslastung war mit mehr als 86% außerordentlich hoch. Erfreulich ist die kräftige Nachfrage im Sommertourismus, wo es zu einer 3,3% Umsatzsteigerung kam. Problematisch jedoch sind die kräftigen Preissteigerungen in den Bereichen Treibstoff, Gastronomie und Wohnungsmieten. Die Forderung der AK nach Mietobergrenzen ist somit mehr als berechtigt! Positiv ist auch anzumerken, dass die Beschäftigung, wenn auch langsam, weiterhin im Steigen ist und die Arbeitslosigkeit zunehmend sinkt.

Eingehend auf die laufenden KV-Verhandlungen der Metaller verweist die Präsidentin auf den Appell der Regierung und des Vizekanzlers nicht den Weg des Widerstands zu gehen, sondern so lange zu verhandeln bis ein gemeinsamer für beide Seiten zufriedenstellendes Ergebnis erreicht ist. Das ist durchaus positiv zu sehen, es wäre jedoch wünschenswert, wenn die Bundesregierung auch bei ihren eigenen Vorhaben – etwa beim „12-Stunden-Tag“ oder bei der Reform der Sozialversicherung – einen gemeinsamen Weg mit den Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen suchen würde.

Anderl weist darauf hin, dass es in den nächsten Tagen zu Diskussionen über das sogenannte „Arbeitslosengeld neu“ kommen wird. Es gibt derzeit eine große Unsicherheit in der Bevölkerung ob letztlich auf das Vermögen zugegriffen wird oder nicht. Es ist längst an der Zeit zumindest diese Verunsicherung aus der Welt zu schaffen. Außerdem muss einmal mehr betont werden, dass die Menschen überwiegend nicht Schuld an ihrer Arbeitslosigkeit sind, was sich an vielen Beispielen zeigen lässt. Weit über 90% der Arbeitslosen wollen wieder Arbeit, finden jedoch keine. Vielfach sind davon ältere ArbeitnehmerInnen betroffen, denen die entsprechende Qualifikation fehlt, und welchen dann bei

einem Wegfall der Notstandshilfe Pensionszeiten fehlen. Aufklärung ist über diese negativen Folgen notwendig.

Die Präsidentin hält fest, dass die AK von der Bundesregierung zunehmend aus wichtigen Institutionen ausgeschaltet wird: So etwa gibt es keinen Vertreter der AK mehr im Generalrat der Nationalbank und im Entgeltsicherungsfonds. Auch im Bereich der Sozialversicherung wird die Anzahl der von der AK zu nominierenden VersicherungsvertreterInnen reduziert, was alle Fraktionen der AK betrifft. Die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen werden somit systematisch zurückgedrängt nur weil sie die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertreten!

Anderl berichtet sodann von ihrer am 29.10. abgehaltenen Pressekonferenz über die "24-Stunden-Betreuung" durch welche die AK einmal mehr deutlich machen konnte, wie wichtig für sie das Thema „Pflege und Betreuung“ ist. Denn es musste festgestellt werden, dass es in diesem Bereich in vielen Fällen an Fairness, Transparenz und Qualität mangelt. Es braucht deshalb einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen, damit eine gute Qualität für Menschen mit Pflegebedarf, deren Familien und die PersonenbetreuerInnen sichergestellt werden kann.

Am 9.11.2018 fand im Rahmen der sehr erfolgreichen AK-Bildungsmesse im BIZ „L14“ ein Pressegespräch der Präsidentin über den Bildungsabbruch statt. Fast 300.000 junge Menschen unter 35 Jahren in Österreich haben ihren ersten weiteren Bildungsweg gleich mit 15 oder kurz danach abgebrochen – und nur etwa 12.000 sind wieder in eine Lehre oder eine Schule zurückgekehrt. Aus Sicht der Präsidentin ist es fatal, wenn junge Leute den falschen Weg im Bildungssystem einschlagen, weil sie nicht gewusst haben, was ihr richtiger Bildungsweg, das richtige Berufsziel für sie ist. Die AK wird mit ihrem Programm „AK Bildungs-Navi“ diesbezüglich eine Lücke schließen, jedoch darf die Politik nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Die AK fordert daher, dass das Unterrichtsfach Berufsorientierung zusätzlich zur Neuen Mittelschule auch in den Gymnasien eingeführt wird. Darüber hinaus müssen, damit die jungen Menschen ausreichend Angebote finden, die Unternehmen wieder mehr ausbilden.

Abschließend verweist die Präsidentin auf die im Garten des Haupthauses aufgestellte Ausstellung „Out of control“, die von den Jugendlichen sehr gut angenommen wird.

Anschließend berichtet **Blauensteiner** über die laufenden KV-Verhandlungen für die Metallindustrie.

➔ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen!**

3.2 Bericht des Direktors – Klein

Klein verweist darauf, dass in der letzten AK-Vollversammlung am 25. Oktober der Budgetbeschluss einstimmig gefallen ist, was in den letzten Jahren keine Selbstverständlichkeit war. Der Direktor bedankt sich dafür bei allen Fraktionen, da nun an die Umsetzung des großen AK-Zukunftsprogrammes geschritten werden kann. Durch die teilweise Auflösung der Bau-Rücklage wird es möglich sein für die AK-Mitglieder große Leistungspakete zu schnüren. Allein zum Thema „Digitalisierung“ werden im kommenden Jahr als Wiener Anteil 8 Millionen € in Qualifizierungsprojekte zur Bewältigung des Digitalen Wandels fließen sowie für Projekte zur „Arbeitswelt 4.0“, die insbesondere von Betriebsräten und Gewerkschaften an die AK herangetragen werden, verwendet werden. Darüber hinaus gibt es bekanntlich auch die Leistungsschwerpunkte Bildung, Pflege, Wohnen. Über die Umsetzung all dieser Projekte und Leistungsschwerpunkte wird laufend berichtet werden.

Weiters betont der Direktor in Ergänzung zum Bericht der Präsidentin, dass von Seiten der Bundesregierung beim Festakt zum Republikjubiläum zwar die Gemeinsamkeit als zentraler Erfolgsfaktor der 2. Republik betont wurde, jedoch gleichzeitig aktuell diese Gemeinsamkeit aufgegeben wird. Die AK wird – wie die Präsidentin erwähnte - sukzessive aus wichtigen Institutionen, wie zB

Nationalbank und Insolvenzfonds, hinausgedrängt, während der Präsident der WKÖ sogar zum Präsidenten der Nationalbank bestellt wurde. Damit wird eine sehr problematische Schieflage geschaffen. **Klein** verweist auf die für die ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen zentrale Rolle der Nationalbank bei der Geldpolitik und der Finanzmarktstabilität. Eine entsprechende Unterlage kann den Vorstandsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

→ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.3 Beratung – Trenner

Trenner berichtet mit Verweis auf die schriftliche Unterlage, dass die heurige arbeits- und sozialrechtliche Tagung am 17.10.2018 zum Thema „Streikrecht in Österreich“ stattfand. Ein Vergleich mit Deutschland zeigte die unterschiedlichen Sichtweisen auf. Die Tagung wurde von Präsidentin Renate Anderl eröffnet, die darauf hinwies, dass es letztlich der gesellschaftliche Frieden ist, der in Gefahr ist, wenn die Schutzfunktion der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit nicht ausreichend gewährleistet ist. Die Veranstaltung im großen Saal des Bildungszentrums war sehr gut besucht. Zur Dokumentation der Tagung und Einbindung einer noch größeren Öffentlichkeit erscheint ein Tagungsband im ÖGB Verlag, der spätestens im Rahmen der arbeits- und sozialrechtlichen Tagung in Zell am See zur Verfügung stehen soll.

Aktuell berichtet der Bereichsleiter, dass eine Hilfsköchin zur Abwehr des unsittlichen Wunsches 12 Stunden arbeiten zu müssen die AK-Rechtsvertretung in Anspruch genommen hat, was einmal mehr ein Vertrauensbeweis für die AK ist.

→ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl gibt bekannt, dass im Rahmen des AK-Zukunftsprogramms eine neue Förderschiene für Fortbildungen im Bereich Digitalisierung aufgebaut wird. Grundsätzlich sollen Mitglieder bei den Kurskosten intensiver unterstützt werden. Die AK Wien ergänzt aus diesem Grund den Bildungsgutschein um einen Digi-Bonus und verdoppelt Landesförderungen für ArbeitnehmerInnen im Bereich Digitalisierung bis zu € 2.500,00 in fünf Jahren. Alle Förderungen im Rahmen des AK Qualifizierungsfonds können miteinander kombiniert werden. Zielsetzung ist es, mit Anfang 2019 zu starten.

Die Bereichsleiterin fordert die Verlängerung des Fachkräfte-Stipendiums, da zu befürchten ist, dass es dieses aufgrund der Kürzungen des AMS-Budgets für die aktive Arbeitsmarktpolitik um € 149 Millionen ab 2019 nicht mehr geben wird.

Weiters berichtet **Aschauer-Nagl**, dass das Bildungsministerium die Einführung eines verpflichtenden Talentechecks an der 7.Schulstufe in Form einer online basierten Testung plant. Dieser Online Test soll als Unterstützung für die richtige Wahl des weiteren Bildungswegs dienen und den Prozess der Berufs- und Bildungswegorientierung der SchülerInnen von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II begleiten. Seitens des Ministeriums wurde klargestellt, dass dieser geplante Online Test keine Konkurrenz zu bestehenden Instrumentarien der Sozialpartner darstellen soll. Die AK Wien und die AK Oberösterreich stehen kurz vor Fertigstellung einer Smartphone App zur Berufsorientierung. Diese dient als Einstieg für die Berufs- und Bildungswegentscheidung und verweist auf die Angebote von der Arbeiterkammer. Sie wird voraussichtlich im Februar 2019 einsatzbereit sein. Die Online Testung des Ministeriums wird frühestens im Oktober 2020 fertig.

Die Bereichsleiterin informiert, dass im Oktober 2018 die Arbeiterkammer Wien (Abteilung Bibliothek mit organisatorischer Unterstützung durch die Abteilung Bildungspolitik) erstmals eine Infomesse zur

vorwissenschaftlichen Arbeit veranstaltete. Rund 530 SchülerInnen und Lehrkräfte nahmen an 2 Tagen an einer der angebotenen 6 Einheiten (Dauer jeweils 2 Stunden) teil. Um die Inhalte der Impulsreferate und Workshops für SchülerInnen und Lehrkräfte nachhaltig nachvollziehbar zu machen, erhielten alle TeilnehmerInnen u.a. einen Ratgeber mit den wichtigsten Literaturhinweisen und Links. Die bislang erfolgten Rückmeldungen waren äußerst positiv, daher erfolgen bereits konkrete Überlegungen zur abermaligen Durchführung der vorwissenschaftlichen Arbeit-Infomesse im Herbst 2019.

Ärgerlich ist - wie die Bereichsleiterin berichten muss - dass ab diesem Semester (Wintersemester 2018/19) berufstätige Studierende, die länger für ihr Universitätsstudium brauchen, wieder Studiengebühren zahlen müssen. Rund 15.000 Studierende in Wien sind davon betroffen, rund zwei Drittel davon im Bachelor- oder Diplomstudium. Anlass für das Auslaufen der bisherigen Gebührenbefreiung war ein Beschluss des Verfassungsgerichtshofs. Trotz eingeräumter Reparaturfrist wurde durch die Bundesregierung keine Neuregelung vorgelegt. Die AK forderte wiederholt eine Neuregelung der Bestimmung, damit nicht genau jene Studierende Gebühren zahlen müssen, die sich ihr Studium ohne Nebenjob nicht leisten können und daher länger für ihr Studium brauchen. Daher wurden auch zahlreiche Gespräche mit dem Wissenschaftsministerium, der ÖH und der Universitätenkonferenz geführt. Mit einer gesetzlichen Änderung ist derzeit allerdings leider nicht zu rechnen.

Eingehend auf Kommunales merkt **Aschauer-Nagl** zur Wiener Bauordnungsnovelle an, dass nach dem abgeschlossenen Begutachtungsverfahren zahlreichen Forderungspunkte der Stellungnahme der AK nun im überarbeiteten Gesetzesentwurf berücksichtigt wurden. Eine Verkleinerung der Wohnungsmindestgröße von 30m² auf 25m² konnte verhindert werden. Ebenso konnte der Entfall der Trennung Bad und WC bei größeren Wohnungen abgewendet werden. Mit der neuen Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ wurde einer langjährigen Forderung der AK entsprochen um dem Problem der Bodenpreisentwicklung zu begegnen und damit die Baulandverfügbarkeit für den geförderten Wohnbau zu verbessern. Schließlich verbessert die nun – auf Anregung der AK - neu hinzugekommene Informationspflicht bei Bauverfahren die Situation für Bewohnerinnen und Bewohner. Auch wenn die nun vorgeschlagenen Maßnahmen aus Sicht der AK noch weiterer Ergänzungen und Konkretisierungen bedürfen, können sie als Basis gesehen werden um auch in Zukunft lebenswerten, leistbaren Wohnraum zu gewährleisten.

Nachdem nun die Fortbewegung mit privaten oder Leihret- bzw. E-Rollern im Trend liegt, kommt es - wie die Bereichsleiterin anmerkt - zunehmend zu Konfliktsituationen zwischen (E-)Roller FahrerInnen und anderen VerkehrsteilnehmerInnen, insbesondere mit FußgängerInnen am Gehsteig. Die unterschiedlichen Regeln für die Fortbewegung mit Tret- oder E-Rollern scheinen die Wenigsten zu kennen bzw. einzuhalten. Im Sinne der Verkehrssicherheit braucht es daher allem voran Aufklärungs- und Informationsarbeit bezüglich einer sicheren und regelkonformen Nutzung der Roller durch die Stadt oder die Polizei bzw. ein Durchgreifen bei Regelverstößen wie auch bei anderen VerkehrsteilnehmerInnen üblich.

Bezüglich Konsumentenangelegenheiten präsentiert **Aschauer-Nagl** die Forderungen der AK zu einer Nachbesserung der Novelle zum Telekommunikationsgesetz. Beim elektronischen Versand sollten Anbieter zumindest verpflichtet sein, darauf hinzuweisen, dass auf KundInnenwunsch eine kostenlose Papierrechnung zugesendet wird. BestandskundInnen, die sich für Papierrechnungen schon einmal entschieden haben, sollten dabeibleiben dürfen und nicht auf elektronische Rechnungslegung umgestellt werden.

Sehr erfreulich ist - wie die Bereichsleiterin abschließend feststellt -, dass der Arbeiterkammer-Bankenrechner die offizielle österreichische Konto-Vergleichsseite für Girokontoprodukte wird. Die nunmehr in Kraft tretenden gesetzlichen Bestimmungen zum Bankenrechner legen nicht nur die Funktionalitäten der Vergleichs-Website fest, sondern statuieren auch die Eckpfeiler des AK-Bankenrechners: Unabhängigkeit, Neutralität, Werbefreiheit, klare Vergleichskriterien und transparente

Darstellung der Suchergebnisse. Die AK lädt österreichische Banken zur Teilnahme ein. Denn die Teilnahme von Banken am Bankenrechner - trotz der gesetzlichen Regelung - ist freiwillig.

Auf Frage von **Paiha** nach Einführung von Studiengebühren an den Universitäten erklärt **Aschauer-Nagl**, dass es keine einheitlichen Regelungen gibt und die Universitäten diese unterschiedlich beschließen werden. Nachdem sich **Anderl** erkundigt, wo nun E-Scooter fahren dürfen, informiert **Aschauer-Nagl**, dass diese am Fahrradweg und wenn dieser nicht vorhanden auf der Fahrbahn zu fahren haben, jedoch keineswegs am Gehsteig.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Bröthaler

Bröthaler berichtet einleitend, dass sich nun zwei Studien in der Abschlussphase befinden. Eine AK-FORBA-Böcklerstiftung-Studie beschäftigt sich mit Firmenübernahmen durch chinesische Investoren in Österreich aus der Sicht der betrieblichen Akteure. Ziel der österreichischen Studie ist es, die Erfahrungen von BetriebsrätInnen, Geschäftsführungen und ExpertInnen mit Übernahmen von chinesischen Investoren in Österreich zu erheben. Aus den Ergebnissen sollen einerseits Handlungsoptionen für betroffene ArbeitnehmervertreterInnen abgeleitet werden. Andererseits können die Ergebnisse Grundlage für politische Forderungen von AK und Gewerkschaften, betreffend dem Schutz vor unerwünschten Übernahmen (etwa im Rahmen des Außenwirtschaftsgesetzes), darstellen. Die Erhebung in Österreich ermöglicht zusätzlich einen direkten Vergleich mit der Befragung in Deutschland.

Der Schwerpunkt einer AK-KPMG-Studie liegt auf der Frage, wie sich die Digitalisierung des Bankgeschäfts auf konkrete Tätigkeitsfelder bzw. Aufgaben der Beschäftigten auswirken wird und wie Organisationsformen einer „Bank 2025“ voraussichtlich aussehen werden. Um die beiden Kernfragen „In welchen Kernbereichen entsteht neue Beschäftigung, wo ist von einem Rückgang auszugehen?“ und „Mit welcher Geschwindigkeit und Intensität ist dabei zu rechnen?“ rankt sich die Erhebung der KPMG.

Weiters macht der Bereichsleiter auf die an alle Vorstandsmitglieder verteilte "REFAK Programm 2019" aufmerksam und verweist auf die schriftlichen Berichte über die sehr erfolgreiche gut besuchte Präsentation des Buchs von Wolfgang Slapansky „Reise in die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Wien – Ausgewählte Schauplätze“ herausgegeben von Georg Sever sowie auf die Ehrung von ArbeitsjubilantInnen.

Bezüglich der AK-FORBA-Böcklerstiftung-Studie über Firmenübernahmen melden sich in der Diskussion **Gruber** und **Teiber** zu Wort.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Bezüglich der von der Bundesregierung geplanten Reform der Sozialversicherung stellt **Kundtner** klar: Die Reform führt zu keiner Leistungsharmonisierung, sondern verfestigt die Leistungsunterschiede zwischen der Beamtenversicherung und der Selbstständigenversicherung auf der einen und der Versicherung der ArbeiterInnen und Angestellten und ihrer Angehörigen auf der anderen Seite. Die Reform kann zu keiner Leistungsverbesserung für die Versicherten führen, weil dem Gesundheitssystem enorme Beträge entzogen werden und zusätzliche Belastungen geschaffen werden und gleichzeitig das Personal um 30 % reduziert werden soll. Die Reform stellt eine Machtübernahme

der DienstgeberInnen im gesamten Bereich der SV dar. Den DienstnehmerInnen wird ihre Selbstverwaltung entzogen. Unterm Strich führt die Reform zu einer Teil-Privatisierung der gesetzlichen Sozialversicherung, weil eine zufriedenstellende individuelle Betreuung der Versicherten innerhalb der gesetzlichen Versorgung nicht mehr gewährleistet ist. Die Fusion der SV-Träger wird im Blindflug durchgeführt und ist unverantwortlich gegenüber den österreichischen Versicherten. Die Fusion der Gebietskrankenkassen gefährdet die regionale Versorgung und führt zu einem Wertschöpfungsverlust. Die Gesetzesentwürfe zum SV-OG und ZPFSG werfen 15 schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken auf.

Die stellvertretende Direktorin verweist in Hinblick auf die Zunahme grenzüberschreitender Entsendung aus den neuen Mitgliedstaaten auf die Studie „Insolvenzversicherung in Slowenien, der Slowakei und Ungarn“. Die Studie gibt einen aktuellen Überblick über die Insolvenzversicherung in den oben genannten Ländern. Insbesondere gibt sie Auskunft über die Voraussetzungen für die Insolvenzentgeltsicherung, das Verfahren zur Geltendmachung der Ansprüche und den Zeitraum und die Höhe der gesicherten Ansprüche.

Kundtner informiert, dass die AK maßgeblichen Einfluss auf die Stellungnahme des EWSA zu: Digitalisierung, Gesundheitsversorgung, Pflege nehmen konnte. Durch Einholung der AK- Expertise gelang es, folgende Punkte in die Stellungnahme aufzunehmen: „Mensch“ muss im Mittelpunkt der Diskussion rund um die Digitalisierung sein; Digitalisierung als unterstützender Faktor für PatientInnen und Berufsangehörige; Digitalisierung ist keine Lösung für Personalmangel und darf nicht als Sparpaket im Personaleinsatz missverstanden werden; Verbesserung der Arbeitsbedingungen als zentrales Thema; Tätigkeiten von Gesundheitsberufen ist eine persönliche Dienstleistung, Automatisierungsprozesse können diese nicht ersetzen; verschiedene Arbeitssettings (Bsp. Krankenhaus, Langzeitpflege) brauchen unterschiedliche Analysen.

Die stv. Direktorin erläutert, dass eine bessere wissenschaftliche Durchdringung des Themenkomplexes Migrationsrecht/EU-Recht/Sozialrecht Teil des Diversitätskonzeptes der AK Wien ist. Während in anderen Politikbereichen durchaus Universitäten im Fokus der Diskussionen bzw. Debatten stehen, wird im Migrationsrecht nahezu ausschließlich das Innenministerium gehört. Ziel der AK-Kooperation mit der Universität Salzburg ist es, die in der Öffentlichkeit starke Wahrnehmung des Innenministeriums als „einzigsten Player“ im Migrationsrecht zunehmend aufzubrechen. Mit Abhaltung der Ringvorlesung „Migration, Sozialpolitik und Arbeitsmarkt“ (inklusive Publikation des Buches) und der Veranstaltung „ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit – Segen oder Fluch“ wurde ein erfolgreicher Anfang gemacht. Es ist somit angedacht im Bereich Migration weiter mit der Universität Salzburg zu kooperieren, um in die oft populistische und medial überhitzte Debatte sachliche Argumente einbringen zu können.

Weiters verweist **Kundtner** auf den schriftlich vorliegenden Bericht zu der von der Präsidentin erwähnten Pressekonferenz zum Thema 24 Stunden Betreuung am 29.10.2018 sowie über die Veranstaltung der AK Wien mit dem Titel „24 Stunden Betreuung – Quo Vadis“.

Abschließend macht die stv. Direktorin auf das gemeinsam mit dem Internationalen Referat des ÖGB abgehaltene Grundlagenseminar über die Bedeutung der ILO für die ArbeitnehmerInnen aufmerksam.

In Diskussion über die Reform der Sozialversicherung melden sich **Gruber** und **Zweiler** zu Wort, wobei letztere insbesondere die fatalen Konsequenzen der Reform auf die PVA erläutert.

➔ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Einleitend berichtet **Kubitschek** über die erfolgreiche europäische Konferenz zu Arbeit in der digitalen Welt "Digital Works for People". In einer innovativen und aufwendig inszenierten Veranstaltung wurde am 22. Oktober 2018 eine Vielzahl von Digitalisierungsprojekten aus ganz Europa vorgestellt. In kleinen Reisegruppen konnten die insgesamt knapp 180 TeilnehmerInnen der Veranstaltung einige der 17 Projekte entdecken und ihre InitiatorInnen kennenlernen. Nach der offiziellen Eröffnung folgten in Kleingruppen durchgeführte Diskussionen entlang der Themen: Mitbestimmung, Weiterbildung und Arbeitsbedingungen. Beendet war die Veranstaltung nach den zusammenfassenden Vorträgen der, zuvor geführten Diskussionen, durch ExpertInnen, einer reflektierenden Podiumsdiskussion und dem finalen Beitrag der Klavierkünstlerin, welche der gesamten Veranstaltung Takt und Rahmen gegeben hatte. In seiner Gesamtheit verfolgte die Veranstaltung das Ziel, BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, PolitikerInnen, UnternehmensvertreterInnen und ExpertInnen aus ganz Europa zusammenzuführen, um einen Austausch rund um die Gestaltung des Technologischen Wandels, unterstützt durch konkrete Ansätze der Pionierprojekte, zu ermöglichen. Klar ist, die Digitalisierung muss so gestaltet werden, dass nicht nur eine kleine Elite, sondern alle profitieren. Dabei geht es um Verteilungsfragen, Arbeitsbedingungen und Bildungschancen. Die dabei häufig unbeantwortete Frage jedoch: Was kann und soll konkret auf betrieblicher oder kommunaler Ebene, in Vereinen, Gewerkschaften, der Wissenschaft oder Zivilgesellschaft unternommen werden um dem Gestaltungsanspruch gerecht zu werden, wurde aufgegriffen und der Versuch gestartet diese durch die vertretenen Beispielprojekte zu beantworten. Damit diente die Veranstaltung auch als Auftakt für die Verkündung des "Projektfonds Arbeit 4.0". Dieser ist wesentliche Komponente der Digitalisierungsoffensive des Zukunftsprogramms der Arbeiterkammer und soll als solcher Projekte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mittels digitaler Technologien unterstützen und finanzieren. Als innovativer Inspirationsquell für Fondseinreichungen dienten die während der Veranstaltung vorgestellten Projekte. Über die Umsetzung des "AK - Projektfonds Arbeit 4.0" wird in den nächsten Vorstandssitzungen berichtet werden.

Bezüglich des von der Bundesregierung geplanten "Gold Plating" fand am 19.10.2018 im Bildungszentrum der AK Wien eine Veranstaltung mit dem Titel „Hände weg von unseren Standards!“ statt. Die „Gold Plating-Initiative“ der österreichischen Bundesregierung bezweckt die Eliminierung von gegenüber dem EU-Recht strengeren österreichischen Rechtsvorschriften. Die AK Wien hat eine Studie in Auftrag gegeben, die analysieren soll, wer den Nutzen davon hat, wenn Schutzregelungen auf europäischer und nationaler Ebene infrage gestellt werden. Studienautor Prof. Franz Leidenmühler von der JKU Linz stellte die Ergebnisse der Untersuchung bei der Veranstaltung vor. Unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung und Deregulierung werden bislang Schutzbestimmungen zum Nachteil von Beschäftigten und VerbraucherInnen und eindeutig zum einseitigen Nutzen von Unternehmen abgebaut bzw. zur Disposition gestellt. Bei der an die Studienvorstellung folgenden Podiumsdiskussion kamen VertreterInnen von betroffenen Schutzbereichen bzw. von mit dem Thema befassten Personen zum Wort.

Seit Jahren setzt sich bekanntlich - wie die stv. Direktorin betont - die AK intensiv mit dem Ungleichgewicht der Kräfteverhältnisse in der europäischen Politik auseinander. Vor diesem Hintergrund wirkt die AK auch bei der NGO ALTER EU als Mitglied mit und nützt diese Plattform regelmäßig für lobbykritische Aktionen. Während der inhaltliche Schwerpunkt bislang auf dem Thema der Undurchsichtigkeit der Einflussnahme diverser Wirtschaftsverbände lag, geht es nun um das Thema „Corporate Capture“ ("gekaperte Gesetzgebung"). Mit diesem Begriff soll sichtbar gemacht werden, wie sehr die europäische Rechtsetzung durch bestimmte Lobbynetzwerke vereinnahmt wurde, die sich nicht zuletzt auch gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen in Stellung gebracht haben. Ende September erschien eine neue Studie zum Thema „Corporate Capture“, die einen Einblick über den großen Einfluss der Wirtschaft in die EU-Gesetzgebung gibt. Die Studie wurde federführend von der Nichtregierungsorganisation ALTER-EU erstellt. Die AK wirkte daran insbesondere durch Finanzierung

und Organisation des Datenschutzkapitels mit und organisierte die Präsentation an der ständigen Vertretung in Brüssel. Die Studie wurde im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung von AK EUROPA und dem ÖGB Europabüro an der Ständigen Vertretung in Brüssel präsentiert. Die Podiumsdiskussion war mit rund 130 TeilnehmerInnen sehr erfolgreich. Über die Veranstaltung und die neue Studie wurde in Österreich sowohl in der Tageszeitung „Die Presse“ als auch auf www.orf.at berichtet. Die AK wird sich weiterhin mit dem Thema der Übermacht der Konzerninteressen auseinandersetzen. Es dient sowohl als Identitätsfestigung der Europaarbeit der AK als auch als Mobilisierungshilfe im Lichte der anstehenden EP-Wahl 2019.

Weiters informiert **Kubitschek** über den aktuellen Stand der Diskussion über Sozialbestimmungen im Straßengüterverkehr im Mobilitätspaket I der EU, über den Stand der Verhandlungen über die Direktvergabe des ÖBB-Bahnverkehrs in der Ostregion sowie über die bereits von der Präsidentin erwähnten aktuellen WIFO-Prognose für Österreich.

➔ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.8 Zentrales - Preiß

Preiß hat keinen aktuellen Bericht.

4 Allfälliges

Nachdem **Bröthaler** alle Vorstandsmitglieder zur Besichtigung des Wahlbüros eingeladen hat und keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Anderl** mit Verweis auf die nächste Vorstandssitzung am 13.12.2018 die Sitzung um 13:15 Uhr mit einem herzlichen „Glück auf!“.



Die Präsidentin



Der Direktor



Protokoll